

Diskussionsangebot an die soziale Bewegung, an lokale Anti-Hartz Bündnisse sowie Gewerkschaftsmitglieder

Der unsoziale und antidemokratische Charakter der herrschenden Politik

Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze werden von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen als alternativlos dargestellt.

Alternativlosigkeit – das ist der verblässende Mythos des Neoliberalismus.

Alternativlos – das ist die Formel der herrschenden politischen Kräfte, um demokratische Diskussionen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zu verhindern.

Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, bedienen die Interessen der Konzerne und der Aktionäre.

Arbeitgeberverbände fordern seit langem die Abschaffung der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, Niedrigstlöhne und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe.

Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen setzen diese Forderungen um.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind gegenüber der CDU/CSU und der F.D.P. nicht das kleinere Übel, sondern das besondere Übel. Sie haben die folgenschwerste Sozialabbaupolitik seit 1945 begonnen. Sie sind damit Wegbereiter für noch weiter gehende Sozialabbauvorhaben der CDU/CSU und der F.D.P. Angst und Verunsicherung sowie die Behinderung des demokratischen Diskurses treibt die Menschen in die Arme von Nationalisten und Neonazis.

Wir appellieren an die PDS, insbesondere in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, ihr politisches Gewicht zum Widerstand gegen die Umsetzung der Agenda 2010 und Hartz IV einzusetzen.

Die Gewerkschaften, insbesondere die Gewerkschaftsspitzen, haben angesichts der neoliberalen Politik weitgehend versagt. Sie stehen vor der historischen Herausforderung, sich von der SPD abzunabeln, welche die Interessen der Lohnabhängigen mit Füßen tritt.

An die Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen und an die Wohlfahrtsunternehmen gerichtet: Die Umsetzung der neoliberalen Politik, auch aus Zwängen und Abhängigkeiten heraus, befreit nicht von der Mitschuld am Sozialabbau und seinen Folgen.

Die Alternativen zu Hartz IV und Agenda 2010

Die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung zu diskutieren und die Gesellschaft zu gestalten, ist die Aufgabe und das Recht aller in ihr lebenden Menschen.

Auf den Montagsdemonstrationen, in den regionalen Bündnissen und vielen Aktions- und Anti-Hartz-Konferenzen wurden kurz- und langfristige alternative Politik-Ansätze entwickelt.

Auf der bundesweiten Konferenz „Wir haben Alternativen zu Hartz IV und Agenda 2010!“ am 3. Oktober 2004 in Berlin haben über 100 Teilnehmer über folgende Alternativen debattiert.

Sie sollten als konkrete und langfristige Antworten zu Hartz IV und Agenda 2010 weiter diskutiert und entwickelt werden:

- Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich;
- ein gesetzlich garantierter Mindestlohn;
- ein bedingungsloses Grundeinkommen;
- eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durch eine andere Steuerpolitik;
- die Bereitstellung öffentlicher Güter für alle anstelle von Privatisierung.

Nach den Diskussionen in den Workshops haben wir folgende Zwischenergebnisse festgehalten:

- Steuerpolitik ist ein zentrales Instrument der Verteilung von Reichtum. Der gegenwärtige Trend der Steuerpolitik, nämlich einer Umverteilung von unten nach oben, setzen wir eine Steuerpolitik entgegen, die die Reichen und Leistungsfähigen belastet und die Schwächeren entlastet – und zwar sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene
- Das Grundeinkommen ist ein bedingungsloses Recht aller auf existenzsicherndes Einkommen für alle Individuen. Es steht in direkter Opposition zu den Hartz IV Gesetzen, die Armut, die Überprüfung der Bedürftigkeit und den Arbeitszwang verschärfen. Darüber hinaus ermöglicht das Grundeinkommen viele andere Alternativen wie radikale Arbeitszeitverkürzung, selbstbestimmtes Tätigsein und politische Teilhabe
- Grundeinkommen, Mindestlohn und radikale Arbeitszeitverkürzung gehören als Alternative zu Hartz IV untrennbar zusammen. Die durch die zunehmende Produktivität der Gesellschaft freigesetzte Arbeitszeit muss allen zu gute kommen und als Freiraum für selbstbestimmte, gesellschaftlich wertvolle Tätigkeit jenseits der Erwerbsarbeit genutzt werden. Dazu bedarf es einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung
- Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Güter grundsätzlich ab. Über die für alle zugänglichen öffentliche Güter und Dienstleistungen ist eine gesellschaftliche Debatte notwendig. Dabei gilt es unter anderem neoliberale Dogmen zu widerlegen und Transparenz in Zusammenhang mit Privatisierungsvorhaben einzufordern. Darüber hinaus wollen wir eine Debatte über die Demokratisierung öffentlicher Strukturen. Gegen Privatisierung ist gemeinsamer Widerstand von Beschäftigten und Nutzerinnen und Nutzern notwendig. Dabei kommt den Gewerkschaften eine besondere Bedeutung zu
- Der bisherige Sozialstaat hat grundlegende Defizite, die wir beheben wollen: Er schafft Armut, benachteiligt Frauen und hat unzeitgemäße Solidaritätsstrukturen. Damit soziale Sicherheit für alle zukünftig gewährleistet werden kann und die Geschlechterungleichheiten abgebaut anstatt reproduziert werden, brauchen wir die Ausweitung des Solidaritätsgedankens auf alle Bevölkerungsgruppen. Unser Ziel ist die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für alle durch die Leistungen eines Sozialstaates. Verteilungsgerechtigkeit ist für die soziale Sicherheit grundlegend. Die demokratische Verwaltung und Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme sind weitere wichtige Elemente eines demokratischen Sozialstaats.

Wie weiter?

Wir sind der Auffassung, dass

- die Ergebnisse der Konferenz weiter diskutiert werden sollten im Zusammenhang mit kommenden politischen Aktionen gegen Agenda 2010 und Hartz IV;
- die verschiedenen alternativen politischen Ansätze durch die Protestbewegung stärker aufeinander bezogen werden sollten;
- die globale und europäische Dimension alternativer Politik-Ansätze in Deutschland deutlicher herausgearbeitet werden sollte.

Für die nächsten Monate schlagen wir folgende gemeinsame Aktivitäten vor:

- die Fortführung der politischen Diskussion über den Widerstand gegen Agenda 2010 und Hartz IV auf einer Aktionskonferenz am 7. November 2004 in Magdeburg;
- die Mobilisierung nach Nürnberg am 6. November zur Demonstration gegen Hartz IV vor der Bundesagentur für Arbeit;
- bundesweite dezentrale Protestaktionen am 17. November gegen die Umsetzung von Hartz IV, Privatisierung und Sozialabbau in den Städten
- bundesweite Aktionen am 3. Januar 2005 unter dem Motto „Agenturschluss“

Erstunterzeichner:

Ronald Blaschke (Bundesweiter Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen)

Sascha Kimpel (Berliner Sozialbündnis/Berliner Aktionsbündnis „Weg mit Hartz IV.“)

Katja Kipping (Netzwerk Grundeinkommen)

Roland Klautke (Mitglied Attac Berlin/Projektgruppe gegen Agenda 2010)